

AntragstellerIn:

Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
Die bundesweite Kampagne „Studis gegen Wohnungsnot“ ideell zu unterstützen.

Begründung:

Pressemitteilung zur Gründung des Bündnisses:

*Gemeinsam startet das Bündnis „Studis gegen Wohnungsnot“, bestehend aus Campusgrün, den Juso Hochschulgruppen, SDS.dieLinke, dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften, dem Bundesverband ausländischer Studierender (BAS), ver.di BAG Studierende, dem Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW und der bunten.liste Regensburg pünktlich zu Semesterbeginn die neue Kampagne für das Sommersemester 2018 zu Wohnraum und sozialem Wohnungsbau.*

Im Rahmen der breit angelegten Kampagne werden in den Monaten von April bis Juli verschiedene Schwerpunkte gesetzt. „Wenn wir über bezahlbaren Wohnraum und sozialen Wohnungsbau sprechen, ist klar, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, von dem auch Student*innen betroffen sind. Um den verschiedenen Aspekten gerecht zu werden, haben wir uns als Bündnis entschieden, die Kampagne in Themenmonaten aufzubauen“, so Katharina Lenuck aus dem Bündnis Studis gegen Wohnungsnot. Die Kampagne baut dabei auf vielen Aktionen lokaler Gruppen und Organisationen, wie Student*innenschaften, Wohnrauminiciativen oder Hochschulgruppen auf, denen dadurch ein gemeinsamer Rahmen gegeben wird. Die Student*innen stellen dabei Forderungen an die verschiedenen politischen Ebenen.

Im April soll so vor allen Dingen ein breites Bewusstsein für die Problematik geschaffen werden, und das Thema Wohnraum wieder mehr in den öffentlichen Diskurs gerückt werden.

„Insbesondere zu Semesterbeginn spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu, viele Student*innen bleiben wochenlang wohnungslos, müssen in Notschlafquartieren unterkommen und die Wohnungen, die evtl. verfügbar sind, übersteigen das Budget der Student*innen eigentlich immer“, erläutert Johannes Glembek aus dem Bündnis.

„Anschließend werden im Mai neben einem Call for Organizing mögliche Lösungen aufgezeigt. Um dem Problem Wohnraum zu begegnen, ist es notwendig sich mit Alternativen zu klassischem Wohnen auseinanderzusetzen und Wohnraum als gesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.“, ergänzt Tobias Eisch vom Bündnis.

Im Juni soll sich vor allen Dingen der Situation internationaler Student*innen gewidmet werden, die bei der Wohnungssuche zusätzlich vielen rassistischen Vorurteilen ausgesetzt sind.

„Insbesondere bei dem gesellschaftlichen Rechtsruck, müssen wir uns ausführlich den rassistischen Strukturen auf dem Wohnungsmarkt widmen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Es geht uns darum, die Probleme aller sichtbar zu machen, damit rassistische Strukturen und Wohnungsnot gemeinsam bekämpft werden können“, führt Maimouna Ouattara von Studis gegen Wohnungsnot aus.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).